

Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode – 55. Sitzung. Berlin, Freitag, den 29. September 2006

Rede zum Antrag der Abgeordneten Dr. Lothar Bisky,  
Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine, weiterer  
Abgeordneter und der Fraktion der LINKEN:  
**Verzicht auf Mehrwertsteuererhöhung**  
(Drucksache 16/2507)

**Lydia Westrich** (SPD): Vielen Dank. – Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben erst vor kurzem mit dem Haushaltsbegleitgesetz die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent zum 1. Januar 2007 beschlossen, wie wir es gemeinsam im Koalitionsvertrag festgelegt haben. Ein Teil des zusätzlichen Aufkommens wird, wie Herr Bernhardt erklärt hat, zur Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung verwendet und kommt damit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und auch den Unternehmen unmittelbar zugute. Der ermäßigte Steuersatz für die körperliche und geistige Nahrung sowie für den ÖPNV wird beibehalten. Es war keine leichte Entscheidung. Wir wissen, dass wir die Menschen damit spürbar belasten. Aber die Entscheidung ist Teil unseres gemeinsamen Fahrplans, in der Koalition eine wachstumsorientierte Haushaltspolitik fortzuführen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vornehmstes Ziel ist dabei, die **Konsolidierung** der öffentlichen Haushalte voranzubringen, und zwar so schnell und dauerhaft wie möglich. Dazu gehören gezielte Einsparungen bei Subventionen und sonstigen Fördertatbeständen, der Abbau von Steuervergünstigungen, Einsparungen bei der öffentlichen Verwaltung und einzelne Steuersatzanhebungen, darunter auch bei der Mehrwertsteuer. Es ist bekannt – auch Herr Wissing müsste das wissen –, dass der Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen erst mittelfristig haushaltswirksam wird, weil Übergangsregelungen und Vertrauensschutz zu berücksichtigen sind. Deswegen haben auch die Sachverständigen bestätigt, dass bei unserer Haushaltslage kurzfristig wirksame Maßnahmen wie Steuererhöhungen unerlässlich sind. Sie, meine Damen und Herren von der linken Fraktion, waren gegen jeden einzelnen Vorschlag. Sie sind nicht daran interessiert, dass unser Staat handlungsfähig bleibt. (Widerspruch bei der LINKEN) Sie sind nicht daran interessiert, dass wir als Parlament über den Tag hinaus auch für unsere Kinder und Enkel Verantwortung zu tragen haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Höll? **Lydia Westrich** (SPD): Ja.

**Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE): Liebe Kollegin Westrich, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass wir uns sicherlich in dem Punkt von Ihnen unterscheiden, dass wir Ihre Politik nicht für alternativlos halten, und dass wir selber in unserem Antrag – den Ihr Vorredner eben kritisiert hat – Alternativen aufzeigen: eine Reform der Einkommensbesteuerung mit einem niedrigen Eingangsteuersatz und einem ordentlichen Spitzensteuersatz. Warum nicht wieder –

wie bei Herrn Kohl – 50 Prozent? Wir schlagen außerdem eine Vermögensbesteuerung – damit hätten wir die Bundesländer entlastet – und eine neue Erbschaftsbesteuerung vor.

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:** Frau Kollegin, Sie müssen eine Frage stellen und dürfen nicht Ihr Programm darlegen. **Dr. Barbara Höll (DIE LINKE):** Ja, Herr Präsident. – Können Sie mir zustimmen, dass damit sehr wohl Alternativen auf dem Tisch liegen und wir bereit sind, Verantwortung zu übernehmen?

(Beifall bei der LINKEN – Reinhard Schultz [Everswinkel] [SPD]: Kohl gehört also zu den Klassikern der Linken!)

**Lydia Westrich (SPD):** Frau Kollegin Höll, wir haben uns hier schon einmal darüber auseinander gesetzt. Dadurch, dass Sie es nun wiederholen, wird es nicht besser. Wir, die Koalition, sind jedenfalls daran interessiert, eine wachstumsorientierte Politik zu machen. (Lachen bei der LINKEN) Wir wollen Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze schaffen und nicht Maßnahmen ergreifen – zur Wiedereinführung der Vermögensteuer sage ich nachher noch etwas –, die günstige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verhindern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU) Das ist für die Menschen wichtiger als eine Erhöhung des

Spitzensteuersatzes. (Beifall bei Abgeordneten der SPD) Meine Damen und Herren von der Linken, ich sehe, dass Sie sich ständig vor der Verantwortung für die Zukunft drücken, weil es einfacher ist, in den Tag hinein Politik zu machen. Herr Wissing, auch wenn sich die Einnahmeseite erfreulicher entwickelt als erwartet, bleibt – das müssen Sie zugeben – ein riesengroßer **gesamtsstaatlicher Schuldenberg** in Höhe von weit über 1 Billion Euro bestehen. Gerade Ihre Fraktion hat sich ständig mahnend geäußert, wenn wir das Maastrichtkriterium nicht erfüllt haben. Fast 15 Prozent der Ausgaben müssen wir für Zinszahlungen aufwenden. Wie weit sollen wir Ihrer Meinung nach dieses Spiel noch treiben? Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linksfraktion, Ihr Antrag ist für mich ein deutliches Zeichen, dass Sie den von Ihnen so hochgeschätzten Wirtschaftsökonomen Keynes gründlich missverstanden haben, oder Sie beweisen damit, dass seine Theorien in der Praxis nicht funktionieren können. Gebetsmühlenartig hat Ihr Fraktionsvorsitzender seit Jahren gefordert: In wirtschaftlich schlechten Zeiten muss der Staat Förderprogramme auflegen und sich verschulden, um die Wirtschaft anzukurbeln. Der von Ihnen bevorzugte Sachverständige Professor Jarass, der natürlich ebenfalls gegen die Mehrwertsteuererhöhung wettet, hat fast in jeder Anhörung vorgetragen, dass wir antizyklisch handeln müssen und staatliche Förderprogramme auflegen sollen. Aber zeigt sich wie momentan ein Silberstreif am Horizont, ist der zweite Teil der Theorie prompt vergessen. Sofort werden neue Begehrlichkeiten wach und der Schuldenberg bleibt bestehen bzw. wächst bei der nächsten Wirtschaftsdelle wieder. Das ist Politik nach dem Motto „Nach mir die Sintflut!“.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Da sagen die Ökonomen, der Zeitraum ist viel zu kurz!)

Sie hat mit Verantwortungsbewusstsein wenig zu tun, ist allerdings bequem und kommt bei Versammlungen immer gut an; denn Sie gaukeln damit vor, dass Sie die vorhandenen Probleme im Handumdrehen lösen können, ohne jemandem wehzutun.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich persönlich hätte mir vielleicht ebenfalls eine andere Lösung vorstellen können. Aber Koalitionen funktionieren nur, wie Sie aus eigenen Erfahrungen wissen, wenn es ein Geben und Nehmen gibt. Eines ist klar: Auch andere Lösungen hätten den Menschen wehgetan; denn sie hätten ebenfalls dem Erreichen des Ziels dienen müssen, den Haushalt dauerhaft und wirksam zu konsolidieren. Wie man es dreht und wendet, irgendwo hätte es schmerzhaft Einschnitte geben müssen. Auch das hätte Ihnen nicht gefallen. Wir hätten dann ähnliche Debatten über Maßnahmen geführt und Sie hätten sich ebenfalls verweigert. Sie machen keine Politik für die Zukunft.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Trauen Sie sich doch einmal an die Reichen!)

Es ist ein Witz, dass Sie ständig wiederholen, dass die Einnahmen aus der Vermögensteuer es schon richten werden. Zuletzt betrug die Einnahmen gerade einmal rund 500 Millionen Euro. (Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Da müsste man natürlich reformieren!) Sie müssten sich doch ein bisschen Realismus bewahrt haben. Was glauben Sie denn, wie schnell große und kleine Vermögen aus Deutschland weg sind oder in Stiftungen geparkt sind, wenn wir uns mit der Wiederbelebung dieser Steuerart beschäftigen? Dann können Sie die Finanzverwaltung Silberlöffel zählen schicken und die Vermögensteuer darauf berechnen lassen. Glauben Sie mir, der Aufwand wird sehr viel größer sein als der Ertrag! (Beifall bei Abgeordneten der SPD – Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Guter Erkenntnisprozess, Frau Kollegin!) Außerdem haben wir damals, als die Vermögensteuer weggefallen ist, die Erbschaftsteuer als Kompensation erhöht. Solche Wirtschaftstheorien wie die von Keynes, die von Ihnen ständig vorgetragen werden, wurden schon ausprobiert, zum Beispiel in solchen wichtigen und glücklichen Ausnahmefällen wie bei der deutschen Einheit. Aber es gibt nicht nur eine angenehme Seite der Medaille, sondern auch eine zwingende. Wir, die Koalition, wollen die Schulden, die wir machen mussten, sobald wie möglich zurückführen, damit der Staat handlungsfähig bleibt. Jetzt ist die Zeit dafür gekommen. (Beifall bei der SPD) Es wundert mich nicht, dass die FDP zumindest der Überschrift Ihres Antrages zustimmt.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Sie haben das ja auch vertreten!) – Ich hätte mir auch andere Lösungen vorstellen können. – Die neoliberalen Kolleginnen und Kollegen wollen sowieso alles privatisieren. Ihnen kann ein enges Korsett des Staates nur Recht sein. Aber Sie von der Linken sollten wissen, dass ein schwacher Staat nur den starken Schultern nützt. Die Schwachen, deren Anwalt Sie mit Ihrem Antrag angeblich sein wollen, brauchen den starken Staat. Sie brauchen einen Staat, der Schulen, Straßen und Pflegeheime bauen kann,

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Deswegen lassen Sie die Vermögenden heraus!)

der Familien unterstützt, für hochwertige Bildung sorgt und günstige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schafft. Als Koalition verfolgen wir genau dieses Ziel. Wir brauchen **Wachstum**. Dafür haben wir ein 25-Milliarden-Euro-Programm in Gang gesetzt, das vom Straßenbau bis zur Familienförderung reicht – heute haben wir über das Elterngeld abgestimmt – und die Wirtschaft unterstützt und belebt. Die Wirtschaftsentwicklung ist robust. Viele Unternehmen werden das bestätigen.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Dass die Wirtschaft die Regierung bestätigt, ist fast schon ein Wunder!)

Dass am nächsten 1. Januar der große Hammer kommt, glaubt in diesem Saal eigentlich niemand. Sie wissen selbst, dass klammheimlich viele Preise schon erhöht worden sind. Wenn wir Ihrem Antrag folgen würden, dann hieße das, dass die Konsumenten die höheren Preise sowieso bezahlen würden, der Staat das Nachsehen hätte und die Unternehmen höhere Gewinne erzielen würden. Wenn sie die hier versteuern, hätten wir vielleicht noch einige zusätzliche Einnahmen. Einen seriösen Haushalt kann man mit diesen Vermutungen nicht aufstellen. So weh es tut: Die Mehrwertsteuererhöhung wird gebraucht. Ich will mich nicht damit abfinden, jährlich 40 Milliarden Euro mehr an Zinsen zahlen zu müssen. Ich will das Geld, das heute für Zinsen gezahlt werden muss, in Bildung, in Wissenschaft, in Weiterbildung, in Integration, in Umweltschutz, in erneuerbare Energien und in Familienförderung stecken. Ich will die **Nettokreditaufnahme** schnell auf null senken und endlich an die Tilgung der Schulden herangehen. Wir stehen in der Verantwortung für die zukünftigen Generationen. Das ist Zukunftsmusik; ich weiß das. Aber mit unserer Haushaltspolitik der maßvollen Erhöhung der Einnahmeseite und moderater Ausgabenkürzung können wir diese Töne jetzt schon hören. Wir werden unserer Verantwortung als Koalition für die Zukunft gerecht. Wenn Sie ernsthaft daran interessiert sind, Armutsrisiken in unserem Land zu bekämpfen, dann verlangen Sie nicht den Verzicht auf die Mehrwertsteuererhöhung, sondern helfen Sie mit, die Haushaltsungleichgewichte zu korrigieren und dadurch für die Ausgaben in Forschung, in Entwicklung, in Bildung und in Innovationen Raum zu schaffen. Nur indem wir den Menschen die Chancen einräumen, ein gutes Erwerbseinkommen zu erzielen, kommen wir gegen Armut an. Deshalb tun wir als Koalition alles, um günstige Rahmenbedingungen für die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen herzustellen. Nur durch den Ausbau von Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten haben die Menschen wirkliche Teilhabechancen.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Den Menschen wäre es lieber, wenn sie weniger Steuern zahlen müssten!) –

Herr Wissing, für die Zukunft ist die andere Politik richtig.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Auch für die Zukunft!)

Auch Sie würden das einsehen, wenn Sie in der Regierung sitzen würden. Sie sagen das jetzt nur, weil Sie in der Opposition sind. Selbst Ihr großer Vorsitzender hat zugegeben, dass Sie das alles mitmachen würden, wenn Sie in eine Koalition eintreten könnten.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Sie müssen mir erklären, wann er das gesagt hat!) –

Das kann man in Zeitungsartikeln nachlesen. – Wie viele Mehrwertsteuererhöhungen haben Sie denn schon mitgemacht? Das muss ich Ihnen auch noch einmal sagen. Mit den von den Linken vorgeschlagenen Ersatzfinanzierungsmaßnahmen erreichen wir eher das Gegenteil. Deswegen müssen wir diesen Antrag natürlich ablehnen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)